

Germany-Berlin: Evaluation consultancy services

OJ S 147/2018 02/08/2018

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Postal address: Glinkastr. 24

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10117

Country: Germany

Contact person: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, 50964 Köln

E-mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de

Telephone: +49 221-36734259

Fax: +49 221-36734664

Internet address(es):

Main address: <http://www.bmfsfj.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=208727>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ

Postal address: Von-Gablenz-Str. 2-6

Town: Köln

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Postal code: 50679

Country: Germany

E-mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de

Telephone: +49 221-36734259

Fax: +49 221-36734664

Internet address(es):

Main address: <http://bafza.de>

Tenders or requests to participate must be submitted to the following address:

Official name: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ

Postal address: Von-Gablenz-Str. 2-6

Town: Köln

Postal code: 50679

Country: Germany

Telephone: +49 221-36734259

E-mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de

Fax: +49 221-36734664

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Internet address(es):

Main address: <http://bafza.de>

I.4. Type of the contracting authority

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

Other activity: Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Evaluation des Gesetzes über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen (FüPoG) in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Reference number: BMFSFJ_2018_004

II.1.2. Main CPV code

79419000 Evaluation consultancy services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Wirksamkeit und der Erfüllungsaufwand des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG) ist einmalig 3 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gemäß Artikel 23 Absatz 3 FüPoG zu evaluieren.

Das hier ausgeschriebene Projekt soll die notwendigen Daten für die Evaluation ermitteln und zusammenfassen und somit die wissenschaftliche Grundlage zur Umsetzung des Artikels 23 Absatz 3 FüPoG darstellen. Die ermittelten Daten sind in einem umfassenden, übersichtlichen und leicht nachvollziehbaren Bericht darzulegen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

79315000 Social research services, 79311300 Survey analysis services, 79311200 Survey conduction services, 79311400 Economic research services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE Deutschland

Main site or place of performance: Deutschland

II.2.4. Description of the procurement

Das FöPoG sieht 3 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Evaluierung der Artikel 1-19 gem. Artikel 23 Absatz 3 FöPoG vor.

Artikel 1 FöPoG enthält Regelungen zum Bundesgremienbesetzungsgesetz.

Artikel 2 FöPoG betrifft das Bundesgleichstellungsgesetz.

Die Artikel 3-19 FöPoG umfassen privatwirtschaftliche Regelungen.

1) Die Evaluierung der Änderung des Bundesgremienbesetzungsgesetz nach Art. 1 des Gesetzes soll die Wirksamkeit der gesetzlichen Regelungen einschließlich ihres Erfüllungsaufwands untersuchen, insbesondere, welche tatsächlichen Auswirkungen das Gesetz auf die Besetzung der Gremien mit Frauen und Männern, soweit der Bund Mitglieder für diese bestimmen kann, hat.

2) Die Evaluierung der Novelle des Bundesgleichstellungsgesetzes nach Artikel 2 FöPoG soll die Wirksamkeit der gesetzlichen Regelungen und den tatsächlichen Erfüllungsaufwand umfassen. Hinsichtlich der Wirksamkeit ist insbesondere zu untersuchen, inwieweit die Anwendung des Gesetzes dazu beigetragen hat,

— die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen,

— bestehende Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, insbesondere

Benachteiligungen von Frauen, zu beseitigen und künftige Benachteiligungen zu verhindern,

— die Familienfreundlichkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern.

Die Evaluierung soll zudem vorbildhafte Gleichstellungsmaßnahmen einzelner Dienststellen ausweisen.

3) Die Evaluation der privatwirtschaftlichen Regelungen umfasst.

1) Unternehmen, die börsennotiert und paritätisch mitbestimmt sind nach dem Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (MitbestG), dem Montan-Mitbestimmungsgesetz (Montan-MitbestG) oder dem Montan-Mitbestimmungsergänzungsgesetz (MitbestErgG) und

2) Unternehmen, die börsennotiert oder mitbestimmt sind nach dem MitbestG, dem Montan-MitbestG, dem MitbestErgG oder dem Drittelbeteiligungsgesetz.

Ziel dieser Evaluation ist es die Akzeptanz und Wirksamkeit der gesetzlichen Pflicht zur Quote und zu den verbindlichen Zielvorgaben sowie die tatsächlichen Auswirkungen der Regelungen auf die Anteile von Frauen und Männern an Führungspositionen zu erheben. Darüber hinaus ist auch zu prüfen, ob sich durch den zu erwartenden höheren Anteil von Frauen in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft die Erwartungen des Gesetzgebers erfüllt haben, dass dies zu einer Veränderung der Unternehmenskultur und auch zu einer Verbesserung wirtschaftlicher Entscheidungen geführt hat.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 10

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3
Objective criteria for choosing the limited number of candidates
:

Die Bewertung der Eignung der Bewerber/Bewerberinnen erfolgt anhand der im Bewertungsraster genannten Kriterien. Die Angaben der Bewerber/Bewerberinnen werden differenziert bewertet und eine Rangfolge der Teilnahmeanträge ermittelt. Das Bewertungsraster ist den zum Download bereitgestellten Unterlagen beigelegt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen. Hinweis für Bewerbungsgemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Sofern sich ein Bewerber/eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

- a) Kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/ der sich bewerbenden Institution (max. eine DIN A4 – Seite);
- b) Nennung der für das Unternehmen/die Institution verantwortlichen Person(en);
- c) Eigenerklärungen zu §§ 123, 124 GWB (Die Eigenerklärungen sind vorformuliert den Vergabeunterlagen zum Download beigelegt). Der Bewerber/ Die Bewerberin hat seine/ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen. Hierzu sind mit dem Teilnahmeantrag ausgefüllte und unterschriebene Eigenerklärungen zu den §§ 123, 124 GWB vorzulegen, die u. a. beinhalten, dass der Bewerber/die Bewerberin sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seine/ihre Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat;
- d) Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen. Hinweis für Bewerbungsgemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Sofern sich ein Bewerber/eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie den unter Punkt a) geforderten Nachweis auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

- a) Mitteilung des Gründungsjahrs und Darstellung der Geschäftsentwicklung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre;
- b) Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

- a) Der Bewerber/Die Bewerberin hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er/sie an Unterauftragnehmer/Unterauftragnehmerinnen übertragen will und diese spätestens vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen;
 - b) Angabe bei Bewerbergemeinschaften, welches Mitglied welche Aufgaben und Themenstellungen übernimmt sowie wer als zentrale Ansprechperson fungiert;
 - c) Bestätigung, dass das Angebot, die eventuelle Präsentation und die Auftragsleistung in deutscher Sprache erfolgen;
 - d) Übersicht in Form einer Liste über die in den letzten 3 Jahren geleisteten wesentlichen Arbeiten (und Aktivitäten) mit Angaben des Auftragsgegenstandes, des Auftragswertes, der Leistungszeit und der Angabe der öffentlichen und privaten Auftraggeber;
 - e) Zusicherung, dass es bei Zuschlag eine feste Ansprechperson gibt und dass diese Person kontinuierlich zur Verfügung steht und bei personellen Veränderungen keine inhaltlichen und zeitlichen Probleme im Rahmen der Unterstützung entstehen. Die Person sowie die Vertretung sind namentlich zu benennen unter Angabe des Werdegangs und sonstiger Qualifikationsmerkmale, warum sich diese Personen als zentrale Ansprechpersonen empfehlen;
 - f) Bestätigung, dass zur Leistungserbringung vor Ort genügend Personal zur Verfügung gestellt wird, um für den Auftraggeber eine schnelle und direkte Kommunikation zu ermöglichen. Die persönliche Erreichbarkeit muss kurzfristig gewährleistet sein. Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle eines Zuschlags für den Auftrag zuständig sein werden. Die Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen des eingesetzten Personals sind für die jeweiligen Bereiche (A – C) des Auftrags anhand von Referenzen, Projekten o. ä. darzustellen. Sollte bei dem Bewerber/der Bewerberin selbst keine entsprechenden Qualifikationen vorhanden sein, so hat der Bewerber/die Bewerberin darzulegen inwiefern und ggf. mit welchen Unterauftragnehmern er/sie die fachliche Qualifikation sicherstellt:
- A. Privatwirtschaft
 - g) Nachweis von fundierten Kenntnissen im Gesellschaftsrecht, insbesondere der verschiedenen Gesellschaftsformen;
 - h) Nachweis von fundierten Kenntnissen zu unternehmerischen Abläufen insbesondere zur Lageberichterstattung;
 - i) Nachweis von sehr guten Kenntnissen und praktischen Erfahrungen im Bereich Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, Diversity.
 - B. Öffentlicher Dienst
 - j) Nachweis von sehr guten Kenntnissen und praktischen Erfahrungen im Bereich Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst, Diversity;
 - k) Mehrfacher Projektpartner des öffentlichen Dienstes;
 - l) Nachweis von fundierten Kenntnissen im BGremBG und BGleiG.

C. Öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft

m) Nachweis von Erfahrungen bei der Ausarbeitung von Fragestellungen für Erhebungen im Diversity Bereich;

n) Nachweis von Erfahrungen bei der Ausarbeitung von Fragestellungen für Erhebungen;

o) Nachweis von politischer Unabhängigkeit durch Unternehmensdarstellung, Referenzen, Berichterstattung;

p) Nachweis der Erstellung von Studien größeren Umfangs innerhalb kurzer Zeit;

q) Nachweis von Erfahrungen mit der wissenschaftlichen Begleitung in der quantitativen und qualitativen Sozialforschung;

r) Nachweis von Kompetenz zur Kooperation mit weiteren Partnern im Rahmen von Projektevaluationen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 31/08/2018 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 15/01/2019

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

- Kosten für die Bewerbung, Angebotserstellung, eventuelle Präsentation und Verhandlungsrunden werden nicht erstattet,
- Der Auftraggeber behält sich die Durchführung einer Verhandlungsrunde vor. Das erste Angebot ist verbindlich,
- Es wird darauf hingewiesen, dass zunächst ein Teilnahmeantrag (Anlage 1 der anfordernden Unterlagen) unter Beifügung der unter den Punkten III.1.1 – III.1.3 der Bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen zu stellen ist,
- Die Abgabe der Vergabeunterlagen erfolgt grundsätzlich ohne weitere Registrierung. Eine freiwillige Registrierung ist möglich. Diese bietet den Unternehmen den Vorteil, dass sie automatisch über Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen informiert werden. Unternehmen, die von der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig über mögliche Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen informieren. Darüber hinaus können ergänzende Unterlagen bei der genannten Kontaktstelle Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, Daniela Schäfer, Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln schriftlich – auch per E-Mail oder Fax – angefordert werden,
- Fragen können bis zum 23.8.2018 bei der genannten Kontaktstelle schriftlich, per Fax oder per E-Mail an zentrale-beschaffung@bafza.bund.de gestellt werden. Fragen, die über die e-Vergabepattform des Bundes gestellt werden, werden nicht bearbeitet und sind nicht zugelassen. Die Fragen und Antworten werden allen Bewerbern / Bewerberinnen in anonymisierter Form auf der e-Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Sie werden nicht per e-Vergabepattform an alle Bewerber/Bewerberinnen gesendet,
- Eventuelle weitere Informationen, z. B. Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, Bieterfragen und Antworten, werden schnellstmöglich, spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge auf der Vergabepattform eingestellt,
- Der Teilnahmeantrag ist zu unterschreiben (keine digitale, gescannte oder gefaxte Unterschrift),
- Bietergemeinschaften haben in dem Teilnahmeantrag sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Auftragsvergabe haften die Bietergemeinschaften gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter Punkt III.1.1 und III.1.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen,
- Senden Sie den Teilnahmeantrag zweifach (einmal im Original und einmal auf handelsüblichem Datenträger) in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Nicht öffnen! Teilnahmeantrag BMFSFJ_2018_004“ an die genannte Kontaktstelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, Daniela Schäfer, Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln
- Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenweg einzureichen,
- Maßgeblich ist der Eingangsstempel der Poststelle des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben bzw. die Eingangsbestätigung bei persönlicher Übergabe oder Übergabe durch Boten. Der Bewerber/Die Bewerberin hat sicherzustellen, dass über Zustell- oder Kurierdienste versendete Teilnahmeanträge innerhalb der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge bei der genannten Kontaktstelle eingehen. Ein Verschulden der Zustell- oder Kurierdienste wird dem Bewerber/der Bewerberin zugerechnet,

- Teilnahmeanträge, die per E-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für Teilnahmeanträge, die über die e-Vergabepattform eingereicht werden,
- Die Geltendmachung eigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen durch den Bewerber / die Bewerberin bzw. den Bieter / die Bieterin führen zum Ausschluss,
- Mit Abgabe des Teilnahmeantrages unterliegen nicht berücksichtigte Bewerber/ Bewerberinnen den Bestimmungen des § 62 VgV.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes
Postal address: Villemomblerstr. 76
Town: Bonn
Postal code: 53123
Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Hilft das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung beim Bundeskartellamt unter der o. g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden.

VI.5. Date of dispatch of this notice

31/07/2018